



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Martin Wagle CSU

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die Förderung für Nachrüstungen von Lkw-Abbiegeassistenten fortzusetzen.

Ebenso begrüßt der Landtag, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzt, dass Abbiegeassistenzsysteme für Lkw europaweit zur Pflicht werden.

Bis die freiwillige Nachrüstung und die von der EU für 2024 geplante Assistenten-Pflicht Wirkung entfalten können, vergeht jedoch viel wertvolle Zeit, in der Menschenleben besser geschützt werden könnten. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Abbiegeassistenten für alle Lkw in der EU so schnell wie möglich zur Pflicht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darzustellen, welche weiteren Maßnahmen in Betracht gezogen werden, um die Verkehrssicherheit an gefährlichen Kreuzungen zu erhöhen und dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Begründung:

Immer mehr Menschen wollen und sollen – unter anderem nach den begrüßenswerten Plänen der Staatsregierung – auf das Fahrrad umsteigen. Das steigert den Klima- und Umweltschutz und entlastet Innenstädte und Pendlerstrecken bzw. deren Ein- und Anwohner. Um das Fahrradfahren sicherer und attraktiver zu machen, speziell für Kinder und „ungeübte Auto-Umsteiger“, sollen gefährliche Kreuzungen entschärft werden.

„Jede fünfte im Straßenverkehr verunglückte Person ist ein Radfahrer. Die häufigste Unfallursache sind Fehler beim Ab- oder Einbiegen des Kfz-Fahrers“ (Abbiegeunfälle Pkw / Lkw und Fahrrad, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., 2013, S. 17). Laut Statistischem Bundesamt handelte es sich 2018 bei jedem dritten Verkehrsunfall mit Personenschaden, an dem ein Fahrrad und ein Güterkraftfahrzeug beteiligt waren, um einen Abbiegeunfall. Ein Fokus sollte demnach auf Abbiegesituationen gelegt und dort aufgrund der schweren und oft tödlichen Unfälle auf den Lkw-Verkehr.

Dass bei zunehmendem Radverkehr die Gefahrensituationen an Kreuzungspunkten entschärft werden müssen, ist nicht umstritten. Die EU plant jedoch nach derzeitigem Stand erst ab 2024 einen verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten. Diese Pflicht

soll allerdings nur für Neufahrzeuge gelten, sodass ein flächendeckender Einsatz vermutlich Jahrzehnte auf sich warten lässt. Um diese Situation zu verbessern, hat die Bundesregierung die begrüßenswerte „Aktion Abbiegeassistent“ ins Leben gerufen. Mit dem Förderprogramm soll sowohl die Ausrüstung mit Abbiegeassistenten als auch die Nachrüstung von Bestandsfahrzeugen beschleunigt werden. Ausländische Fahrzeugbetreiber können naturgemäß nicht gefördert werden, sodass auch bei diesem Ansatz eine erhebliche Schutzlücke verbleibt.

Unmittelbar und zumindest flächendeckend in Bayern könnten Kommunen gefährliche Kreuzungspunkte in ihrem Straßensystem sofort entschärfen. Nötig ist dazu erstens, zu wissen, welche Maßnahmen infrage kommen. Die Staatsregierung möge daher anhand von laufenden und abgeschlossenen Pilotprojekten und Studien zusammenfassend darstellen, welche Maßnahmen für Kommunen zielführend und wirtschaftlich sind (z. B. Abbiegespiegel, Sensorsysteme mit Warnleuchten, Abbiegeverbote für Lkw oder nur für Lkw ohne Abbiegeassistenten, grüne Pfeile für Fahrradfahrer, verzögerte Ampelschaltungen, Anpassung der Verkehrsführung, Fahrbahnmarkierungen etc.). Darüber hinaus möge die Staatsregierung prüfen, wie Kommunen unterstützt werden können, wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit rasch an gefährlichen Kreuzungen zu realisieren (z. B. Beratung zu rechtlichen Möglichkeiten und zu Förderprogramme etc.).